

Alex Demirovic

... ist das noch demokratisch?

Um diese Frage zu beantworten, muß man wissen, was demokratisch ist. Demokratisch ist nicht - wie manche glauben (machen wollen) - der Rechtsstaat, also die rechtliche Kontrolle und Steuerung staatlichen Handelns. Demokratie meint, daß das staatliche Handeln den Willen des Volkssouveräns repräsentiert. Nach einem liberalen Verständnis bedeutet dies, daß Demokratie allein in den verfassungsmäßig gebotenen Verfahren und Institutionen besteht, in denen das Volk seinen Willen bekundet, indem es ein Parlament wählt, das aus seiner Mitte mit Mehrheit eine Regierung bestimmt, Gesetze beschließt und anschließend deren Ausführung kontrollieren. Demokratie in einem solchen Verständnis ist eng auf institutionalisierte Verfahren begrenzt. Sie ist strikt von der Gesellschaft getrennt und findet allein im Bereich der Politik und des Staates statt. Andere demokratische Beteiligungsformen kennt die liberale Auffassung nicht. Dort, wo es zu anderen Formen der Willensbildung kommt, neigen Liberale dazu, von der Herrschaft der Verbände - gemeint sind meist: die Gewerkschaften - oder der Straße zu sprechen, von partikularen Interessen, die nicht legitimiert sind, einen Anspruch auf Allgemeinwohl zu erheben. So sind Liberale und Konservative seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten beunruhigt über das Phänomen der unkonventionellen Politikbeteiligung, die mit der Befürchtung der Unregierbarkeit einhergeht. Entscheidungen würden dadurch erschwert, blockiert, zerredet. Es ist ein beunruhigend autoritär-vordemokratischer Zug, der Entscheidungen über die Diskussion unterschiedlicher Perspektiven und Interessen stellt. Letztlich ist der Liberalismus gar nicht damit einverstanden, daß es in der Gesellschaft wirklich unterschiedliche und sogar unversöhnliche Interessen gibt, die die Ursache dafür sind, daß Diskussionen immer wieder notwendig werden und sogleich zu Entscheidungen führen. Er hätte gern schnell bedienbare homogene Interessenlagen. Entsprechend werden solche, die sich nicht fügen, ausgegrenzt.

Freilich ist das mit der Trennung von Staat und Gesellschaft nicht so einfach. Es bedarf der politischen Willensbildung in der Gesellschaft; und diese findet nicht allein in Parteien statt, sondern auch in gesellschaftlichen Einrichtungen, die von den Liberalen weniger häufig kritisiert werden: bürgerschaftliche Vereinigungen wie Rotarier oder Lions Club, die Kirchen oder Wirtschaftsverbände. Vor allem gibt es der von Zeitungen und Zeitschriften, von Radio und Fernsehen hergestellten Öffentlichkeit. Demokratie wäre undenkbar, wenn es nicht öffentliche Meinungsbildung in Distanz zum Staat und den Parteien gäbe. Darüber hinaus versteht sich die Bundesrepublik Deutschland ihrer Verfassung nach als demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Das Soziale hat hier selbst eine gewisse demokratische Bedeutung. Diese besteht in der Einsicht, daß Menschen, sollen sie ihre demokratische Rechte wahrnehmen können, sich am politischen Leben beteiligen können müssen. Es bedarf einer materiellen Grundausstattung, um den politischen Prozeß verstehen und an ihm teilnehmen zu können.

Demokratie läßt sich also nicht auf formale Beteiligung reduzieren. Vielmehr gibt es eine demokratische Lebensweise als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft. Wer auf dem Formalismus besteht, gehört in der Regel zu denjenigen, die erwarten können, Zugang zu solchen Konstellationen zu finden, in denen Entscheidungen besprochen und vorbereitet werden. Ihnen arbeitet der Formalismus zu, der nur noch ratifiziert, was anderswo schon zu einem Konsens gebracht wurde.

Wenn wir zur Eingangsfrage zurück kommen, werden wir also ein weites, nicht nur formales, sondern doch gesellschaftlich-kulturelles, inhaltliches Kriterium der Demokratie verwenden müssen. Aus diesem Blickwinkel können wir sagen, daß viele Bereiche der Gesellschaft nicht demokratisch organisiert sind. Schon seit langem, nun verschärft durch die Neuregelungen im Rahmen der Agenda 2010 dürfen sich Arbeitslosengeldempfänger nicht von ihrem Wohnort entfernen. Für eine Beteiligung an politischen Diskussionen, Entscheidungen und Handlungen im Rahmen von Parteien, Bürgerinitiativen oder Bewegungsgruppen stellt das eine unzumutbare Einschränkung dar. Wenn wir andere gesellschaftliche Bereiche betrachten, dann stellen wir auch dort ein deutliches Beteiligungsdefizit fest: im Namen der staatsbürgerlichen Gleichheit sind an den Schulen weder Eltern noch SchülerInnen an Entscheidungen beteiligt; an den Hochschulen beseitigen die Bundesländer gegenwärtig die Kollegialverwaltung und setzen die Präsidenten und Rektoren in die Position des Selbstherrschers jenseits jeder Kontrolle - demokratische Rechte der Studierenden und des Mittelbaus sind nahezu nicht vorhanden, das was vorhanden war, wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter zurückgeschnitten; im Militär ist demokratische Wahl der Offiziere seit je unbekannt; insbesondere die katholische Kirche erweist sich auch in ihrer inneren, hierarchisch-männerbündischen Gliederung als eine antimoderne und antidemokratische Institution. Eine der wirklichen Errungenschaften in deutschen Unternehmen ist die Mitbestimmung auf betrieblicher und Unternehmensebene. Dennoch ist der Arbeitsalltag der Lohnabhängigen, sind die Unternehmensentscheidungen hinsichtlich Marktverhalten, Produkten, Produktionsverfahren, Technologien, Investitionen noch weit entfernt vom Minimum an demokratischer Beteiligung. Während also zu wünschen wäre, daß paritätische Formen der Mitbestimmung auf alle Unternehmen und Betriebe ausgedehnt würden; daß in die Mitbestimmungsgremien auch Konsumenten, Umweltschützer und gesellschaftliche Sprecher (z.B. aus den Ländern des Südens) hinein kämen; daß auch der Arbeitsalltag der Mitbestimmung unterworfen würde - versuchen gegenwärtig die Unternehmen, die Mitbestimmung mit der Argument zu beseitigen, daß sie ein Wettbewerbsnachteil sei.

Unkonventionelle Beteiligungsformen in der Zeit seit den 1960er Jahren wurden vielfach begrüßt. Dies galt als Etablierung einer demokratischen Kultur, in denen die Orientierungen ihren Halt finden kann, die auch die formellen Prozesse demokratischen Entscheidens tragen. Denn immer wieder wurde in Deutschland befürchtet, daß die Bindung an die Demokratie oberflächlich ist und ihr im Krisenfall die Loyalität entzogen wird. Die Gefahr wurde in vordemokratischen Dispositionen gesehen. Nach diesem Schema wird die Rechte und die Linke auch heute noch immer wieder gleichgesetzt: eine Haltung, die einer modernen, liberalen und demokratischen

Gesellschaft eigentlich unangemessen und historisch überholt sei. In beiden Fällen soll es sich um eine oberflächliche Anpassung und einen bloß taktischen Gebrauch der bürgerlichen Freiheitsrechte handeln. Für die Linke ist das falsch, denn in vielen empirischen Studien seit den späten 1960er Jahren hat sich immer wieder gezeigt, daß Linke demokratische Prinzipien genauer verstehen und ihnen in höherem Maße zustimmen als andere Teile des politischen Spektrums.

Die Gefahren sind - worauf schon Adorno hingewiesen hat - weniger solche gegen die als in der Demokratie. So hält ein Bundestagsabgeordneter der CDU die Talkshow von Sabine Christiansen hinsichtlich des Willensbildungsprozesses für wichtiger als den Bundestag. Es ist kein Respekt vor den Medien in ihrer Funktion als öffentliche Kontrollorgane. Da sie mit ihren häufigen Pseudodiskussionen und Aufgeregtheiten im Prinzip wie gleichgeschaltet wirken, haben Politiker von ihnen wenig zu befürchten. Dies verstärkt die elitäre und rechtspopulistische Haltung vieler Politiker, die sich für Repräsentanten und Demokraten einfach deswegen halten, weil sie formal so definiert sind. Sie müssen es auch gar nicht auf sich beziehen, wenn die Bedeutung der Parteien bei Wahlen ebenso abnimmt wie ihre allgemeine Organisationsfähigkeit. Auch das Parlament verliert an Bedeutung. Die war in der Kanzlerdemokratie gegenüber der Bundesregierung seit je gering, der es als Transmissionsriemen weitgehend untergeordnet ist. In den vergangenen Jahren sinkt sie noch weiter durch die Kompetenzzunahme der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofs, ohne daß von der EU Demokratie wächst. Bedeutungsverlust gibt es auch hinsichtlich der Länder. Die aufgebrochene Föderalismusdiskussion läßt erkennen, daß die Kräfte hier neu ausbalanciert werden sollen. Es ist jedenfalls beobachtbar, daß politische Entscheidungen vielfach nur noch in einem quer zu den Parteien verlaufenden Netz zustande kommen, dem vier Einrichtungen angehören: Regierung (oder einzelne Apparate), Bundestag (oder besser: einzelne Abgeordnetengruppen), Bundesrat und schließlich Bundesverfassungsgericht - das schließlich weit über die Normenkontrolle selbst eine vordemokratische Funktion als Übergesetzgeber übernommen hat. Die reale Regierung ist eine Querschnitts- und Allparteienkoalition.

Der demokratische Alltag ist von einer Vielzahl von nicht-demokratischen Mustern durchzogen: ungerechte Besteuerung, ungerechte Steuererfassung, ungerechte Ausgabenpolitik. Die Verfolgung der Straftaten von Politikern wird nachlässig gehandhabt, Nachlässigkeiten und Korruption im öffentlichen Dienst bleiben vielfach ohne Folgen. Die deutsche Vereinigung kam verfassungswidrig ohne Verfassungsgebungsprozeß zustanden; und dieselbe undemokratische Praxis wird nun mit dem europäischen Verfassungsvertrag verfolgt. Verfassungswidrig werden Angriffskriege durchgeführt - und dann nicht so genannt. Bundestagsabgeordnete ebenso wie hohe Polizeioffiziere plädieren offen für Folter - und weigern sich, die Sache offen zu benennen. Die sachliche Handlungsweise ist ebenso wenig wie die sprachliche Verlogenheit, die die Folter entnennt und aus Arbeitslosen "Kunden" macht, demokratisch. Denn in beiden Fällen werden gesellschaftliche Prozesse der demokratischen Willensbildung entzogen.

Betrachten wir die Situation der Bürgerrechte, dann lassen sich auch dort nach vielen Jahren einer gewissen Ausdehnung der Demokratie Tendenzen der Einschränkung beobachten. Nach der Durchsetzung der immer noch geltenden Notstandsgesetze 1968 war »Mehr Demokratie wagen« schon gleich mit »Berufsverboten« verknüpft. Auf den Terrorismus wurde mit Gesinnungsjustiz reagiert, die zu einer gravierenden Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Verteidigungsrechte führte. Mit der Behauptung, es handle sich um potentielle Gewalttäter wird auch die Versammlungsfreiheit drastisch eingeschränkt. Sicherlich ist es noch erlaubt zu demonstrieren, aber wer mag das noch tun, wenn er oder sie wegen des Eskalationsniveaus der Polizei um Leib und Leben fürchten muß. Eher als Nazis werden von der Polizei Antifa-Gruppen und Antinazi-Demonstranten verfolgt. Ohnehin ist alles unverhältnismäßig: Angeblich um Schäden abzuwehren, werden Tausende Polizisten aufgeboten, Millionen in Ausrüstung, Aufrüstung und Sicherheitssysteme investiert, während durch Fehlinvestitionen in Gewerbeflächen Milliarden Gelder vernichtet, durch Sparpolitik Gesundheitsschäden gleichfalls in Milliardenhöhe erzeugt werden. Die Kontrolldichte hat sich im Alltag erheblich verstärkt: Kundenprofile, Videoüberwachung, Aufhebung des Bankgeheimnisses, Raster- und Schleppfahndung, DNA-Analyse, Messung biometrischer Merkmale, Zunahme von Lauschangriffen, Beschneidung(sversuche) von Klagewegen, Einschränkung von Verbandsklagerechten, Enteignung öffentlicher Räume (wie Bahnhöfe, Straßen, Plätze) durch Privatisierung des Straßenbaus, durch Einrichtung privater Sicherheitszonen oder durch Werbung. Ein eigenes Kapitel ist die dauerhafte Benachteiligung von Menschen mit migrantischem Hintergrund, denen mit Entrechtung auch der Zugang zu demokratischer Beteiligung genommen wird. Es soll freilich nicht bestritten werden, daß in vielen Bereichen gesellschaftliche Akteure an Entscheidungen beteiligt sind: Nichtregierungsorganisationen, Experten oder Bürgergruppen in Mediationsverfahren, Planungszellen oder Anhörungen. Eine Bilanz zu ziehen ist schwierig, dennoch hat man kaum je gehört, daß durch solche Beteiligungen entscheidende Entwicklungspfade von den Unternehmen nicht verfolgt worden wären. Nachdem zwei bis drei Generationen gegen die Katastrophentechnologie Atomkraftwerk und für alternative Formen der Energiegewinnung gekämpft haben, ist zu befürchten, daß mit dem Argument der Ressourcenschonung in diese Technologie demnächst überall wieder verstärkt investiert wird. Die Aneignung kollektiver Güter durch Private ebenso wie die Unterwerfung des Lebens unter das Privateigentum geht trotz nachhaltigen Widerstands weiter. Selbst dort, wo es zu demokratischen und verfahrensförmig definierten Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen kommt, reichen sie an die Logik kapitalistisch bestimmter Weichenstellungen kaum heran.

Um also die eingangs gestellte Frage zu beantworten: ja, das ist noch demokratisch, demokratisch in einem liberalen Sinn. Denn so ist es gewollt. Demokratie ist ja selbst ein Kompromiß, den das Bürgertum unter großem Druck sozialer Bewegungen, aber auch interner Konflikte eingegangen ist - und in Deutschland auch erst, nachdem zwei kriegerisch-autoritäre Versuche, Europa eine deutsche Vormachtstellung auszuwringen, gescheitert sind. Patzig gilt vielen Demokratie deswegen auch noch heute als reeducation. Doch dieser Kompromiß ändert

sich heute. Nicht so, daß das Bürgertum die parlamentarische Demokratie als Regierungsform aufgeben und Zuflucht zu einer totalitären Art des Regierens suchen würde. Auch nicht eine schleichende Devolution der Demokratie, die zu irgendeiner Art von faschistischem Kern des bürgerlichen Staates zurückführte. Es geht nicht darum, einen Ausnahmezustand zu beschwören; nein, vielmehr ist es die jahrzehntelange Praxis der Demokratie, die jeweils eigene Formen herrschaftlicher Unterwerfung und Entdemokratisierung mit sich bringen kann. Es geht also um Alternativen in der Demokratie. Offenkundig entstehen neue Muster staatlicher Herrschaft, in denen sich demokratischen Spielregeln flexibel mit autoritären Mechanismen durchdringen. Für diese neue, unschuldig-normale Form eines autoritären Demokratismus suchen wir noch einen Namen.